

15. Gemeinsamer Europatag des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Österreichischen Gemeindebundes am 27./28. April 2026 in Schwerin

„Schweriner Deklaration des 15. Gemeinsamen Europatages“

Europa und die Welt befinden sich in multiplen Krisen, die auch vor den Städten und Gemeinden nicht Halt machen. Die kommunale Ebene kann die geopolitischen Probleme nicht lösen, sie leistet aber einen wichtigen Beitrag für die Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger und das individuelle Sicherheitsgefühl. Denn Städte und Gemeinden müssen auch während weltpolitischer Krisen und in haushaltspolitisch schweren Zeiten liefern, sie müssen vor Ort Lösungen finden. Das politische Vertrauen in die Kommunalpolitik ist höher als in alle anderen Ebenen, denn hier wird Politik für die Menschen, für die eigene Umwelt gemacht. Entscheidungsträgerinnen und -Träger sind greifbar und stellen sich direkten Diskussionen mit der Bevölkerung.

Sie kennen aber nicht nur die Sorgen und Anliegen der Bevölkerung, sie wissen auch, wie sich Europarecht vor Ort auswirkt. Dieses Know-how ist von unschätzbarem Wert und muss in Brüssel und Straßburg gezielt weitergegeben werden. Die beiden Verbände bekräftigen daher ihre Zusammenarbeit und ihr gemeinsames Anliegen der kommunalen Interessensvertretung in Europa.

Auch Kommunen brauchen Vereinfachung

Um die europäische Wirtschaft zu entlasten hat die EU-Kommission mit sogenannten Omnibussen reagiert. Darin werden mehrere Rechtsakte gebündelt einer Vereinfachung unterzogen, um regulatorische Hürden abzubauen. Leider wurde die kommunale Ebene in diesen Rechtsakten bisher nicht mitgedacht. Städte und Gemeinden sind jedoch ebenso wie Wirtschaft und Industrie Adressaten zahlreicher Richtlinien und Verordnungen des sog. Grünen Deals. Wo es an die Umsetzung geht, stellen sie nun fest, dass einige Rechtsakte ohne ausreichende Folgenabschätzung verabschiedet wurden. Vieles ist nicht praxistauglich und in Anbetracht der aktuellen kommunalen Finanzlage auch nicht finanzierbar. Daher fordert der Gemeinsame Europatag die EU-Kommission zur Vorlage eines Kommunalen Omnibus auf. Dieser muss Vereinfachungspotenzial für die öffentliche Verwaltung, etwa bei Berichtspflichten ausloten und eine kritische Analyse von Rechtsakten wie der EU-Wiederherstellungsverordnung oder der Energieeffizienzrichtlinie vornehmen. EU-Recht darf nicht zur Munition für Populisten werden. Wir plädieren

daher für eine nüchterne Analyse des Beschlossenen und Anpassungen, wo sich herausstellt, dass Rechtsnormen wirtschaftlich und praktisch nicht umsetzbar sind.

Ein moderner Finanzrahmen für Europas Bürgerinnen und Bürger

Der aktuell in Verhandlung befindliche Mehrjährige Finanzrahmen der Europäischen Union für die Jahre 2028-2034 erhebt den Anspruch auf Modernisierung, Vereinfachung und Systembruch. Unter dem Schlagwort der Vereinfachung soll eine Vielzahl von Programmen und Fonds in Nationalen und Regionalen Partnerschaftsplänen (NRPP) zusammengefasst und unter Verwaltung der Mitgliedstaaten gestellt werden. In der Theorie klingt das gut, bei genauerer Betrachtung sind jedoch Verteilungskonflikte zwischen Landwirtschaft und Regionalpolitik sowie zentrale Steuerung zulasten des Partnerschaftsprinzips zu befürchten. **Ferner sollten nicht allein die Mitgliedsstaaten über die Mittelverwendung entscheiden, sondern weiterhin die jeweiligen Regionen, da die Ausgangslagen und Bedarfe doch sehr unterschiedlich sind.**

Der Gemeinsame Europatag fordert daher eine verbindliche Mittelzuweisung von 15 % der Nationalen und Regionalen Partnerschaftspläne für territoriale Entwicklung, die in den Regionen einsetzbar sind. Prioritätensetzung und Auswahl konkreter Projekte muss im Sinne des Partnerschaftsprinzips in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden erfolgen, um auf tatsächliche Bedarfe vor Ort einzugehen. Dies kann Stadtentwicklungsprojekte, Ausbau von Infrastruktur in Umsetzung des *Right to Stay* oder die Unterstützung von LEADER-Projekten umfassen. Die Ausrichtung an den länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters soll als Richtschnur dienen, darf aber nicht alles bestimmender Faktor der Regionalentwicklung sein.

Außerdem benötigen Städte und Gemeinden in Anbetracht der kommunalen Finanzlage EU-Mittel zur Umsetzung von Bestimmungen wie der Renaturierungsverordnung, Energieeffizienzrichtlinie oder Gebäuderichtlinie. Den Kommunen wurden hier zahlreiche Pflichten auferlegt, ohne die entsprechende Finanzierung bereitzustellen. Dies ist mit dem neuen Finanzrahmen der EU - MFR unbedingt zu korrigieren.

Die Städte und Gemeinden in Österreich und Deutschland sind in einer großen finanziellen Notlage. Gerade auch die Umsetzung von EU-Vorgaben kann in den Gemeinden große finanzielle Belastungen auslösen, die nach dem Konnexitätsprinzip – Wer bestellt, der bezahlt! – ausgeglichen werden müssen.

Öffentliches Auftragswesen vereinfachen, Kommunen entlasten, KMU stärken

Europarecht wirkt sich in vielen Bereichen direkt auf Städte und Gemeinden aus und muss von diesen in Eigenverantwortung umgesetzt werden. Eine Materie, die alle Kommunen betrifft, ist das Vergaberecht, wo ab Überschreiten der EU-Schwellenwerte europaweite Ausschreibungen durchzuführen sind. Die in Kürze anstehende Revision der Richtlinien muss für eine umfassende Vereinfachung und Flexibilisierung genutzt werden. Die Kommunalverbände stehen den europäischen Institutionen mit ihrer Expertise und Praxisbeispielen zur Verfügung, eine Neuordnung muss unbedingt zur Entlastung der öffentlichen Auftraggeber beitragen und praxistaugliche Lösungen für interkommunale Zusammenarbeit und Inhouse-Beauftragung bringen.

Allen voran müssen die Schwellenwerte angehoben werden, weshalb die EU-Kommission aufgefordert wird, in WTO-Verhandlungen zum Government Procurement Agreement einzutreten. Die Schwellenwerte haben sich seit Inkrafttreten der Richtlinien aus 2014 kaum verändert, weshalb die Zahl der EU-Verfahren zu- und das grenzüberschreitende Interesse im Binnenmarkt abnimmt. Für die Städte und Gemeinden sind v.a. Bauverfahren mit hohen Expertenkosten verbunden, die sich letztlich weder durch mehr Wettbewerb noch durch grenzüberschreitende Belegung des Binnenmarkts amortisieren.

Überdies ist bei Oberschwellenverfahren abnehmendes Interesse regionaler KMU festzustellen, da die Formalerfordernisse derartiger Verfahren für Klein- und Familienbetriebe vielfach abschreckend wirken. Made in Europe sollte aber nicht nur strategische Sektoren stärken, sondern auch den dezentralen Mittelstand.

Der Gemeinsame Europatag verweist auf das von beiden Verbänden unterzeichnete Forderungspapier zur Reform des Vergaberechts und plädiert für wirksame Vereinfachung und Flexibilisierung sowie praxistaugliche Lösungen für kleine und mittlere öffentliche Auftraggeber.

Vor Ort erschwinglichen Wohnraum ermöglichen

Die Frage erschwinglichen Wohnraums ist auf europäischer Ebene angekommen, denn sie entwickelt politische Sprengkraft und der Wohnungsmarkt ist kein Markt wie jeder andere. Städte und Gemeinden müssen im Zentrum jeder Diskussion stehen und in alle Arbeiten aktiv einbezogen werden, denn sie sind Genehmigungs- und Baubehörde, Grundstücks- und Wohnungseigentümer, Abgabenbehörde, Bauherr. Im Binnenmarkt wirken sich Kapital-, Personen- und Arbeitnehmerfreizügigkeit ebenso auf die Verfügbarkeit von Wohnraum aus wie Bauprodukterichtlinien, Energieeffizienzvorgaben, Finanzvorschriften oder das Vergaberecht auf Wohnbaukosten. Um zu einer Lösung der mittlerweile als Wohnraumkrise bezeichneten Situation zu gelangen, braucht es multifunktionale Zugänge und eine Stärkung kommunaler Kompetenzen. Europäische Lösungsansätze sind in bestimmten Bereichen unumgänglich bzw. können ergänzend wirken. Wenn es um den Zugang zu erschwinglichem Wohnraum, Leerstandsaktivierung oder Zweitwohnsitzabgaben geht, müssen jedoch die zuständigen nationalen Behörden – auch von der Europäischen Union – gestärkt werden. Einheimischenmodelle, genossenschaftliche Ansätze oder der Gemeindebau sind wichtige Elemente, damit Wohnen leistbar bleibt. Im ländlichen Raum muss das sogenannte „*Right to Stay*“ umgesetzt werden und mithilfe wettbewerbsfähiger Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, allen voran Kinderbetreuung, ärztlicher Versorgung und Glasfaseranbindung sowie funktionierender ÖPNV-Lösungen der Landflucht entgegengewirkt werden. Die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage ist nur dann zu schließen, wenn Bestandsgebäude aktiviert bzw. besser genutzt werden und Regionen jenseits der Speckgürtel nicht nur Natur und billigen Wohnraum, sondern auch hochwertige Dienstleistungs- und Freizeitangebote bieten können.

Der Gemeinsame Europatag spricht sich beim Thema Wohnen gegen europaweite one-size-fits-all Regelungen aus und fordert von den europäischen Institutionen vor allem Vertrauen in die kommunale Gestaltungshoheit. Europäische Rahmenvorgaben können

die Kommunen dabei unterstützen, es benötigt jedoch einen umfassenden Paradigmenwechsel weg von einer reinen Binnenmarktlogik hin zur Anerkennung lokaler Bedürfnisse und kommunaler Lösungen.

Kommunen sorgen für Sicherheit

Die geopolitische Lage wird aktuell für jeden Einzelnen und jede Einzelne sehr konkret. Flüchtlingsströme beschäftigen die Kommunen seit über 10 Jahren, Kriege in der Welt wirken sich mehr und mehr auf Energie- und Lebensmittelpreise aus. Bürgerinnen und Bürger spüren diese Auswirkungen direkt und Populisten versuchen, mit einfachen Lösungen ohne Umsetzungsgarantie politisches Kleingeld zu schlagen.

Auch hier zählt es im Kleinen zu den Aufgaben der Kommunalpolitik dagegenzuhalten, zu informieren und offen für Diskussionen zu bleiben.

Im Großen bedarf es noch intensiverer Abstimmung in Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes sowie beim Schutz vor hybriden Angriffen. Bedenklich ist, dass Partnerschaftsverbindungen europäischer Gemeinden mit Gemeinden außerhalb der EU Einfallstor für Spionage und verdeckte Einflussnahme sein können, was das Ende jahrzehntelang aufgebauter vertrauensvoller Beziehungen bedeutet.

Beide Verbände unterstützen die notwendige Zusammenarbeit der Kommunen mit den zuständigen militärischen Stellen, um deren Expertise auch auf kommunaler Ebene nutzbar zu machen. Dabei ist an potentielle Bedrohungen der kommunalen Infrastruktur, Katastrophenschutz und Blackout-Vorsorge zu denken, für die es auch in den Städten und Gemeinden flächendeckend Notfallpläne braucht.

Der Europatag bekräftigt sein Engagement für ein gemeinsames, lebenswertes und friedliches Europa. Städte und Gemeinden sind immer Teil der Lösung, weshalb wir alle übergeordneten Stellen einladen, weiterhin mit uns zusammenzuarbeiten und kleine sowie große Herausforderungen gemeinsam zu meistern.